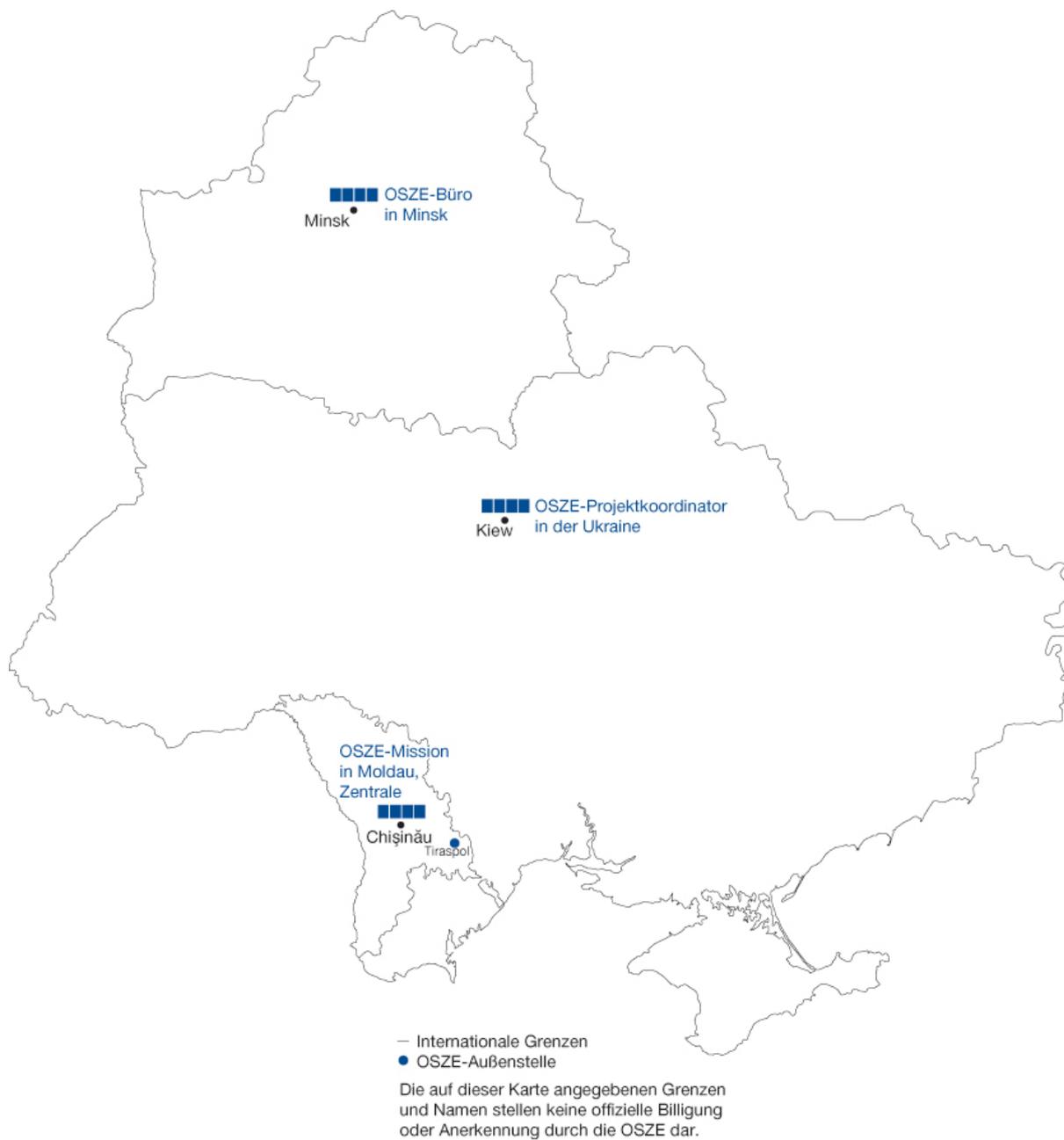


Osteuropa



Das Büro in Minsk

Das Büro in Minsk half der Regierung von Belarus durch weitere Unterstützung des institutionellen Aufbaus, der rechtsstaatlichen Konsolidierung und der Beziehungen zur Zivilgesellschaft sowie mit seiner Hilfestellung für Belarus in Wirtschafts- und Umweltfragen. Mandatsgemäß konzentrierte das Büro sein Engagement auf zwei Hauptbereiche: die Überwachung und Berichterstattung in Bezug auf die Einhaltung der Verpflichtungen des Gastlandes gegenüber der Organisation und die Umsetzung von Feldprojekten in der Wirtschafts- und Umwelt- sowie in der menschlichen Dimension.

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Legislative Verbesserungen. Zur Verbesserung des allgemeinen Investitionsklimas in Belarus arbeitete das Büro mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesentwürfe zusammen, um die Reform der Gesetze über kleine und mittlere Unternehmen (KMU) voranzutreiben. Im November war es bei der Veranstaltung einer Arbeitstagung für handwerkliche Gewerbebetriebe, einer neuen Form von KMU in Belarus, behilflich. Das Büro lud KMU-Experten aus der Europäischen Union und Fachleute aus Handwerk und Gewerbe aus Polen und Belgien zu einem Erfahrungsaustausch ein. Die Diskussion mündete in Empfehlungen für die Bereiche Organisation, Besteuerung und staatliche Unterstützung des handwerklichen und gewerblichen Sektors.

Entwicklung des Fremdenverkehrs in ländlichen Gebieten. Zur Förderung und Entwicklung des Fremdenverkehrs in ländlichen Gebieten von Belarus unterstützte das Büro ein Projekt der Nichtregierungsorganisation *Agro&Eco Tourism*, dessen Ziel eine Verstärkung des bestehenden Netzes von Bauernhöfen ist. Diese so genannten „Grünen Wege“ sind Routen, die zu einer gesunden Lebensweise und einem umweltfreundlichen Tourismus abseits der Autostraßen führen sollen. Nach einer entsprechenden Schulung in Polen entwickelten die Landwirte neue solche Routen im Nahbereich ihrer Höfe, unter Einbindung der örtlichen Bevölkerung und der vor Ort vorhandenen Ressourcen. Im Rahmen des Projekts wurde ein Führer für die bereits fertig gestellten Routen unter dem Titel „Grüne Wege durch Belarus“ veröffentlicht und in Belarus und im Ausland verteilt.

Zugang zu Umweltinformationen.

2005 genehmigte und registrierte die belarussische Regierung nach Gesprächen zwischen dem Büro und dem Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz ein Projekt zur Einrichtung eines Aarhus-Zentrums in Minsk, das die Bevölkerung für Umweltfragen sensibilisieren und sie dazu ermutigen soll, sich in Entscheidungsprozesse einzubringen.

Im Dezember öffnete das Aarhus-Zentrum seine Tore für die ersten Besucher. Alle diese Zentren fördern die Aarhus-Konvention, die den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen verbessern, die Einbindung der Öffentlichkeit in Umweltentscheidungen fördern und dafür sorgen soll, dass die Bevölkerung Einspruch gegen staatliche Entscheidungen in Umweltfragen einlegen kann.

Nachhaltige Entwicklung durch Umwelterziehung.

Das Büro gab eine Untersuchung über die Einführung von Umweltmaterialien unter der Bezeichnung „Grünes Paket“ in den Schulunterricht in Auftrag. Zwei Sachverständige der regionalen Umweltausschüsse beurteilten die Durchführbarkeit der Einführung dieses Lehrmaterials, im Anschluss daran beschlossen die Parteien, einen Vorschlag für ein Projekt zusammenzustellen. Das vom Regionalen Umweltzentrum unter VN-Führung in Budapest ausgearbeitete multimediale Unterrichtsmaterial soll eher neue Verhaltensmuster bewirken und nicht so sehr Wissen zu bestimmten Umweltthemen vermitteln. Dazu finden sich Schüler und Lehrer zu verschiedenen Aktivitäten zusammen und führen gemeinsame Rollenspiele durch, spielen Entscheidungsfindungsprozesse und Diskussionen nach.

Sanierung und Wiederaufbau der von Tschernobyl betroffenen Gebiete. Das Büro führte fünf

Kleinprojekte zu diesem Thema durch. Diese waren für Subventionen durch das CORE-Programm 2004 ausgewählt worden, darunter ein Wiederaufbauprojekt zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den von der Tschernobylkatastrophe betroffenen Gebieten von Belarus. Ein Projekt in Stolín unterstützt behinderte Kinder durch einen kleinen Laden, der für den Verkauf der Bastelarbeiten der Kinder eingerichtet wurde. Ein zweites Projekt in Stolín unterstützt die örtliche Schule durch Bereitstellung von Geräten für medizinische Betreuung und Vorsorge. Ein weiteres Projekt hilft dem örtlichen Museum in Bragin bei der Erstellung einer eigenen Website (<http://bragin-museum.org>). Ein viertes Projekt in der Region Tschetschersk unterstützte eine örtliche Schule bei der Anlage eines Obst- und Gemüsegartens, dessen Produkte in den nächsten Jahren auf dem Markt zum Verkauf angeboten werden sollen. Das letzte Projekt schließlich richtete in Slawgorod Nähwerkstätten ein, um Jugendlichen aus schwierigen Familienverhältnissen eine Berufsausbildung zu ermöglichen.

Im Rahmen des CORE-Programms reichte das Büro auch drei Kleinprojekte zur Registrierung ein.

Umwelt und Sicherheit. Gemeinsam mit UNEP und UNDP nahm das Büro an Tagungen zur Förderung der Regionalen Initiative für Umwelt und Sicherheit in Osteuropa teil, eines Projekts zur Ermittlung und Bewältigung von Umweltproblemen, die die Sicherheit gefährden. Im Oktober leistete das Büro einen Beitrag zu Konsultationen zwischen einschlägigen Regierungsstellen und in Minsk ansässigen internationalen Organisationen, als ein UNEP-Experte das Konzept und die Methoden für eine Projektevaluierung im nächsten Jahr vorstellte.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Freizügigkeit. Das Büro war dem BDIMR bei der Umsetzung eines Projektes unter der Bezeichnung „Alternative Formen der Strafverfolgung“ behilflich, durch das die für den Justizbereich zuständigen belarussischen Entscheidungsträger mit strafrechtlichen Ansätzen bekannt gemacht werden sollten, die ohne Freiheitsentzug arbeiten. Der Schwerpunkt des gemeinsam mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesvorlagen und dem Institut für Fort- und Weiterbildung von Richtern, Staatsanwälten und Justizbediensteten durchgeführten Projekts bildeten Initiativen für Mediation und eine opferorientierte Justiz. Ziel dieser Initiativen ist die Wiedereingliederung der Täter in die Gemeinschaft und weniger die Durchsetzung von Strafmaßnahmen. Das von der Europäischen Kommission finanzierte Projekt war ein Followup zum 2003 und 2004 durchgeführten Projekt „Alternative Strafformen“, das die belarussische Regierung dabei unterstützte, vermehrt alternative Strafformen statt Freiheitsentzug einzusetzen und so die große Zahl von Häftlingen im Land abzubauen.

Die Abteilung des BDIMR für Migration/Freizügigkeit und das Nationale Zentrum für Gesetzesvorlagen unterstützten auch den Prozess zum Aufbau eines einheitlichen staatlichen Melderegisters. Im Rahmen dieses Projekts wurden verschiedene Aktivitäten organisiert, unter anderem Diskussionsrunden, Studienreisen und eine regionale Konferenz in Almaty (Kasachstan). Diese Bemühungen sollten den belarussischen Behörden bei der Ausarbeitung der schematischen und rechtlichen Grundlagen für die Schaffung eines Meldesystems nach internationalen Standards helfen.

Legislative Unterstützung und Good Governance. Im Rahmen seiner Bemühungen zur Verstärkung des Rechtsschutzes für Verbrechensopfer führte das Büro in Zusammenarbeit mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesvorlagen ein Projekt durch. Im Rahmen dieses Projekts reisten im August fünf belarussische Experten in das Vereinigte Königreich, um

sich über die Erfahrungen der Behörde für die Entschädigung von Kriminalitätsoffern (CICA) und des Beschwerdeausschusses für die Entschädigung von Kriminalitätsoffern in London und Glasgow zu informieren. CICA erteilte den Experten eine Einführung in die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Hilfe für Kriminalitätsoffer sowie in ihr Entschädigungssystem, das den Opfern von Verbrechen eine materielle Entschädigung für alle erlittenen körperlichen und psychischen Verletzungen zuspricht.

Der Leiter der CICA kam zu einem Folgeseminar im Oktober, bei dem Lösungen für spezifisch belarussische Probleme erörtert werden sollten und den Behörden Unterstützung bei der Ausarbeitung von Gesetzesvorlagen für verstärkten Opferschutz zuteil werden sollte.

Das Büro unterstützte auch ein Projekt mit dem Nationalen Zentrum für Gesetzesvorlagen zur Verbesserung der Gesetzgebungsverfahren durch die Einführung kriminologischer Gutachten. Die beiden Seminare und eine Studienreise nach Italien trugen zur Erarbeitung einer Sammlung von Orientierungshilfen für die Begutachtung von Gesetzesvorlagen bei. Ziel dieser Orientierungshilfen ist es, eventuelle unerwünschte Auswirkungen von Gesetzen aufzudecken, wie die Zunahme von Korruption und anderen Straftaten.

Menschenrechtsüberwachung. Das Büro förderte die Umsetzung der OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension durch zahlreiche Beobachtungsaktivitäten. Regelmäßige Reisen vor Ort ermöglichten den Mitarbeitern des Büros, sich ständig über die Herausforderungen und Verhältnisse, unter denen örtliche zivilgesellschaftliche Interessensgruppen und Vertreter der Behörden tätig sind, auf dem Laufenden zu halten. Das Büro nahm an Gerichtsverhandlungen teil, bei denen es um zentrale OSZE-Verpflichtungen und Grundfreiheiten ging. Ein solcher Fall – der mit dem Recht auf Versammlungsfreiheit zu tun hatte – war der Prozess gegen ein renommiertes Umfrageinstitut, das Unabhängige Institut für soziale, wirtschaftliche und politische Studien, das nach dem Urteil des Obersten

Gerichtshofs von Belarus im April geschlossen wurde.

Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung

2005 stellte das Büro gemeinsam mit dem für den Ministerrat tätigen Ausschuss für Religionen und Nationalitäten zwei Veröffentlichungen fertig, die eine Stärkung der Kontakte zwischen nationalen Minderheiten und Religionsgemeinschaften bewirken und deren Beziehung zu den belarussischen Behörden verbessern sollen.

In ihrem gemeinsamen Grußwort an die Leser von *Multinational Belarus* stellten der Leiter des Ausschusses für Religionen und Nationalitäten, Stanislaw Boko, und der Leiter des OSZE-Büros, Botschafter Eberhard Heyken, fest: „Wir sind fest davon überzeugt, dass jeder von dieser ‚Reise‘ durch ein multinationales Belarus profitiert und dass diese Broschüre einen fruchtbaren Dialog zwischen den Behörden und verschiedenen Nationalitäten in Belarus und zwischen den Minderheitengruppen untereinander entstehen lassen wird.“

Die zweite Publikation *On Freedom of Conscience and Religious Organizations in Belarus* enthält Artikel zur aktuellen Lage und über die voraussichtliche Entwicklung der multikonfessionellen Gesellschaft von Belarus.

Der stellvertretende Vorsitzende des Dachverbandes der jüdischen Vereine und Gemeinschaften in Belarus, Jakow Bassin, selbst Experte auf diesem Gebiet, äußerte sich zu dieser Publikation wie folgt: „Dieser Sammelband ... wird ohne Zweifel das Verständnis für die unterschiedlichen religiösen Gemeinschaften in Belarus und für den interkonfessionellen Dialog vertiefen und damit die belarussische Gesellschaft weiter festigen helfen.“

Das Büro verfolgte auch das Schicksal mehrerer prominenter Strafgefangener, darunter der ehemalige Minister für auswärtige Wirtschaftsbeziehungen, Michael Marinitsch, der Vorsitzende eines Streikkomitees der Marktverkäufer, Waleri Lewonewski, und sein Stellvertreter Aleksander Wassiljew, der ehemalige Parlamentsabgeordnete Sergei Skrebez, der Führer der Sozialdemokraten Nikolai Statkewitsch und Professor Juri Bandaschewski. Das Büro besuchte mehrere von ihnen im Gefängnis und äußerte

öffentlich seine Sorge über diese Fälle. Im Juli und August wurden Wassiljew und Bandaschewski auf Grund des letzten Amnestiegesetzes aus der Haft entlassen.

Medienüberwachung. Anfang Februar reiste der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, nach Minsk. Er informierte sich vor Ort über die Lage der Medien in Belarus. In einem abschließenden Bericht sprach der Beauftragte eine Reihe von Empfehlungen aus, insbesondere in Bezug auf die Entkriminalisierung von übler Nachrede und Verleumdung.

Im Mittelpunkt der Aktivitäten des Büros in diesem Bereich stand die

genaue Beobachtung der Lage der Medien in Belarus. Vertreter des Büros besuchten und beobachteten Prozesse gegen Zeitungen und Journalisten. Besondere Besorgnis lösten die Verleumdungsprozesse gegen die Zeitungen *Narodnaja Wolja*, *BDG. Delowaja Gaseta* und *Sgoda* aus.

Behandlung von Individualbeschwerden. Beim Büro gingen rund 150 Individualbeschwerden wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen ein, hauptsächlich im Zusammenhang mit Aktivitäten der Strafverfolgungsbehörden. Die Beschwerden bezogen sich sowohl auf zivilrechtliche als auch auf strafrechtliche Fälle. In den meisten

Fällen galten die Beschwerden angeblichen Verletzungen des Rechts auf ein gerechtes Verfahren und der Behandlung von Strafgefangenen. Die Erkenntnisse und Besorgnisse des Büros wurden den belarussischen Behörden regelmäßig zur Kenntnis gebracht, die im Allgemeinen sofort reagierten. In einigen Fällen schuf die zuständige Stelle nach der Intervention des Büros umgehend Abhilfe.

**Leiter des Büros:
bis 31. Juli
Botschafter Eberhard Heyken
seit 29. August
Botschafter Ake Peterson
Revidierter Haushalt: € 858.500
www.osce.org/belarus**

Die Mission in Moldau

Die Mission in Moldau bemühte sich 2005 um einen Neubeginn der Verhandlungen über eine politische Beilegung des Transnistrienproblems und setzte sich mit einer Reihe stabilitätsgefährdender Krisensituationen auseinander. Die ukrainische Initiative „Konfliktbeilegung durch Demokratisierung“ verlieh dem politischen Lösungsprozess neuen Schwung. Nach längerer

Blockade wurden die formellen Verhandlungen aber erst im Oktober unter Beiziehung der Vereinigten Staaten und der Europäischen Union als Beobachter wieder aufgenommen.

Den größten Erfolg ihrer Krisenintervention hatte die Mission bei der Vermitteltätigkeit in der Frage der in lateinischer Schrift unterrichtenden moldauischen Schulen am linken

Ufer des Dnjestr / Nistru zu verzeichnen. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 22.) Eine verstärkte Präsenz des Missionspersonals, einschließlich regelmäßiger Patrouillen, half Spannungen hintanzuhalten und Auseinandersetzungen zwischen den ehemaligen Kampfteilnehmern in der Sicherheitszone zu verhindern.

Die Parlamentswahlen vom März und die Wie-

derwahl von Präsident Wladimir Woronin im April stärkten im Land das Einvernehmen über die Notwendigkeit demokratischer Reformen. Die Mission investierte viel Zeit und Mühe in die Unterstützung dieser Anstrengungen, insbesondere in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit und Wahlreform.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Herbeiführung einer politischen Lösung auf dem Verhandlungsweg. Die Mission bemühte sich um einen Neubeginn der Verhandlungen zur Herbeiführung einer politischen Lösung, die im Sommer 2004 zum Stillstand gekommen waren. Die Mediatoren aus der Russischen Föderation, der Ukraine und der OSZE hielten mit Vertretern aus Chi_in_u und Tiraspol im Januar, Mai und September Konsultationen ab. Bei dem Treffen im Mai stellte die Ukraine den von Präsident Wiktor Juschtschenko ausgearbeiteten Lösungsplan „Konfliktbeilegung durch Demokratisierung“ vor. Diese Initiative zielt auf eine Demokratisierung der Region Transnistrien durch Wahlen zum regionalen gesetzgebenden Organ unter internationaler Schirmherrschaft ab, verbunden mit Schritten zur Förderung der Entmilitarisierung und der Transparenz und zur Stärkung des Vertrauens.

Im Juli verabschiedete das moldauische Parlament unter Berufung auf den ukrainischen Plan ein Gesetz über die Grundprinzipien eines rechtlichen Sonderstatus für Transnistrien. Im Verlauf von Konsultationen im September in Odessa vereinbarten Chi_in_u und Tiraspol, die EU und die Vereinigten Staaten als Beobachter zu den Verhandlungen einzuladen. Formelle Verhandlungen im erweiterten Rahmen wurden im Oktober nach einer 15-monatigen Unterbrechung wieder aufgenommen und im Dezember im Anschluss an das Laibacher Ministerratstreffen der

OSZE fortgesetzt. Am 15. Dezember gaben die Präsidenten der Ukraine und der Russischen Föderation, Wiktor Juschtschenko und Wladimir Putin, eine gemeinsame Erklärung ab, in der sie die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Beilegung des Transnistrienkonflikts begrüßten.

Im September ersuchten die Präsidenten Woronin und Juschtschenko gemeinsam den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE, die Entsendung einer Internationalen Erkundungsmission in Erwägung zu ziehen, deren Aufgabe es sein sollte, die demokratischen Verhältnisse in Transnistrien zu analysieren und festzustellen, welche Schritte für die Durchführung demokratischer Wahlen in der Region notwendig wären. Gleichzeitig führte die OSZE-Mission fachliche Konsultationen und Analysen zu den grundlegenden Erfordernissen für demokratische Wahlen in der Region Transnistrien durch, wie sie im Juschtschenko-Plan vorgeschlagen worden waren. Bei der Verhandlungsrunde im Oktober wurde der OSZE-Vorsitz ersucht, die Konsultationen über die mögliche Entsendung einer solchen Erkundungsmission in der Region Transnistrien fortzusetzen.

Gemeinsam mit Militärexperten aus der Russischen Föderation und der Ukraine erarbeitete die OSZE-Mission ein Paket von Vorschlägen für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen, die im Juli von den drei Mediatoren vorgestellt wurden. Die Mission nahm daraufhin mit Vertretern von Chi_in_u und Tiraspol Konsultationen über das

Maßnahmenpaket auf. Bei der Verhandlungsrunde im Oktober wurde begrüßt, dass durch einen gegenseitigen Austausch militärischer Daten, wie er in einzelnen Teilen dieses Maßnahmenpakets vorgesehen war, Fortschritte bei der Stärkung der Transparenz möglich seien.

Die Gemeinsame Kontrollkommission. Die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC), ein Gremium, das für die Durchführung des Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1992 und für die Überwachung der Gemeinsamen Friedenstruppen in der Sicherheitszone zuständig ist, war auch 2005 aufgrund eines ungelösten Streits über einen Kontrollposten in Transnistrien und den Zugang zu landwirtschaftlich genutzten Flächen in dessen Nähe blockiert. Moldauische Bauern, deren Land sich de facto unter der Kontrolle der transnistrischen Behörden befindet, waren nach wie vor Schikanen und Einschüchterungsversuchen seitens der transnistrischen Miliz und transnistrischer Zollbeamter ausgesetzt. Sie konnten 2005 einen Großteil ihres Landes in dem von Transnistrien kontrollierten Gebiet nicht bebauen, was einen erheblichen Ernteausfall und zunehmende Spannungen nach sich zog. Die Mission beobachtete die Entwicklungen sehr genau und war bestrebt, im Wege der JCC und über diplomatische Kanäle eine Lösung zu erreichen, was bis jetzt aber noch nicht gelungen ist.

Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation. Im Jahr 2005 wurden keine russi-

schen Waffen und Ausrüstungsgegenstände aus der Region Transnistrien abgezogen. Rund 20.000 Tonnen Munition warten nach wie vor auf den Abtransport. Der Kommandant der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte berichtete im Mai, dass 40.000 überschüssige Kleinwaffen und leichte Waffen aus den Beständen der russischen Streitkräfte in der Region Transnistrien vernichtet worden seien. Der OSZE wurde nicht gestattet, diese Behauptung zu verifizieren.

Vertrauens- und Sicherheitsbildung und Abbau von Bedrohungen. Zusätzlich zum VSBM-Paket erkundete die Mission, auf welche Weise das moldauische Verteidigungsministerium beim Abbau der Lagerbestände überschüssiger und veralteter Munition, bei der Vernichtung militärischer Ausrüstung und bei der Modernisierung von Munitionslagern unterstützt werden kann. Mitarbeiter der Mission führten Erkundungsbesuche in militärischen Einrichtungen des Landes durch und legten Empfehlungen für die Unterstützung von Entmilitarisierungsprojekten und anderer Initiativen vor.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

WAHLEN UND WAHLREFORM

Die Mission unterstützte die Internationale Wahlbeobachtungsmission bei den Parlamentswahlen im März 2005 und gab eine Beurteilung der Bürgermeisterwahlen in Chi_in_u vom Juli und November ab. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR verfolgte die Mission auch sehr genau die im Gange befindliche Wahlreform.

Schutz der sprachlichen Rechte. Die Mission konnte erfolgreich eine Wiederholung der Schulkrise des Jahres 2004 verhindern, als die transnistrischen Behörden einige moldauische Schulen, die Moldauisch / Rumänisch in lateinischer Schrift unterrichten, gewaltsam schlossen. Die in den Räumlichkeiten der Mission geführten Verhandlungen führten zu einer Vereinbarung zwischen den moldauischen und den transnistrischen Unterrichtsbehörden über einen Satz von Statuten für die moldauischen Schulen in der Region Transnistrien. Auf der Grundlage

dieser Statuten genehmigten die transnistrischen Behörden den Schulbetrieb auf unbefristete Zeit und das neue Schuljahr konnte planmäßig beginnen. Die Räumlichkeiten einer moldauischen Schule sind jedoch nach wie vor von den transnistrischen Behörden konfisziert und 550 Kinder mussten in Behelfseinrichtungen unterrichtet werden. Die Mission betreibt bei den transnistrischen Behörden nach wie vor die Rückgabe des Gebäudes. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 22.)

Beobachtung der Menschenrechtslage. Zahlreiche Individualbeschwerden von beiden Seiten des Dnjestr/Nistru betreffend Menschenrechtsverletzungen gingen bei der Mission ein und wurden von ihr beantwortet. Überwiegend handelt es sich um Beschwerden von Untersuchungshäftlingen oder Strafgefangenen. Untersuchungshäftlinge beschwerten sich in erster Linie über Verletzungen der Verfahrensrechte während der Untersuchungshaft. In vielen Beschwerden von Häftlingen geht es auch um die schwierigen Haftbedingungen und die unzureichende medizinische Versorgung.

Die Mission beobachtete sehr genau einzelne bei Gericht anhängige Fälle, darunter prominente Fälle mit möglicherweise politischem Hintergrund, bei denen es um das Recht auf ein faires Verfahren, Folter, Massenmedien und Religionsfreiheit ging. Besondere Aufmerksamkeit gilt nach wie vor den beiden noch verbliebenen Mitgliedern der Ilascu-Gruppe, die von den transnistrischen Behörden wegen angeblicher Straftaten während des Konflikts von 1992 verurteilt wurden.

Aufbau von Kapazitäten durch Förderung der Menschenrechte. Mit Mitteln aus dem Menschenrechtsfonds antwortete die Mission auf einige Finanzierungsersuchen von Nichtregierungsorganisationen (NROs), die um Unterstützung kleinerer Projekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz diesseits und jenseits des Dnjestr / Nistru und zwischen nationalen Minderheiten ersucht hatten. Die Teilnahme von öffentlich Bediensteten und NRO-Vertretern aus Gebieten zu beiden Seiten des Flusses an OSZE-Seminaren und anderen

internationalen Seminaren wurde ebenfalls durch Mittel aus diesem Fonds sichergestellt.

Bekämpfung des Menschenhandels und Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

Die Mission spielt nach wie vor eine führende Rolle als Koordinator im Kampf gegen den Menschenhandel. Sie veranstaltete die monatlichen technischen Koordinierungssitzungen in Chi_in_u und sechs Sitzungen in den Regionen. Die Mission gibt auch zweimal pro Jahr einen Überblick über die Aktivitäten im Kampf gegen den Menschenhandel heraus, in dem nun auch Informationen über die Tätigkeit von NROs und Regierungsbehörden in den Regionen enthalten sind. Eine neue Website über Personen, die sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagieren, über deren Aktivitäten und die in Moldau verfügbaren Ressourcen ist in Vorbereitung.

Die Mission unterstützte weiterhin die Aktivitäten des Staatskomitees zur Bekämpfung des Menschenhandels und der verschiedenen Bezirkskomitees. Sie führte den Kovorsitz in der Unterarbeitsgruppe des Staatskomitees zu legislativen Fragen und leistete technische Unterstützung im Zuge der kürzlich erfolgten Überarbeitung des Nationalen Aktionsplans (in Kraft seit September 2005). In Absprache mit dem BDIMR trat die Mission auch bei der Ausarbeitung des Gesetzes über die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels, das am 20. Oktober vom Parlament verabschiedet wurde, mit technischer Unterstützung und als Interessenvertreter in Erscheinung.

Zur Erhöhung der Kompetenz staatlicher Behörden unterstützten die Mission und das BDIMR eine Reihe von Schulungsprogrammen für Richter und Staatsanwälte. In Zusammenarbeit mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten führte die Mission ein intensives Schulungsprogramm für Strafverfolgungsbeamte durch, das proaktive Untersuchungsmethoden im Kampf gegen den Menschenhandel zum Gegenstand hatte.

Die Mission unterstützte wie bisher die NRO *La Strada* bei der Erstellung eines nationalen Leitmechanismus, einschließlich der Führung

einer Datenbank betreffend soziale Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel und gefährdete Personen. Zur Unterstützung der Wiedereingliederung von Opfern des Menschenhandels in die Gesellschaft finanzierte die Mission Universitäts- und Berufsschulstipendien für die Betroffenen. Gemeinsam mit anderen internationalen Partnern finanziert die Mission das Projekt „Kampf gegen den Kinderhandel“, das von *Terre des Hommes* durchgeführt wird. Die Mission leistet auch Beiträge zu einer Aufklärungskampagne von *La Strada*, die zu einer toleranteren Einstellung der Gesellschaft gegenüber Opfern von Menschenhandel führen soll.

Förderung der Medienfreiheit. Die Förderung der Medienfreiheit bei-

derseits des Dnjestr/Nistru war einer der wichtigsten Tätigkeitsbereiche der Mission. Sie befasste sich eingehend mit der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalt Teleradio Moldova. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR beobachtete die Mission auch die Berichterstattung über den Wahlkampf vor den Parlamentswahlen und den Kommunalwahlen des Jahres 2005 in Rundfunk und Fernsehen. Die Mission setzte sich für eine grundlegende Reform des moldauischen Rundfunkgesetzes ein.

Die Aufmerksamkeit der Mission galt auch der Transparenz bei der Zuteilung von Sendefrequenzen, der Privatisierung staatlicher Printmedien und der Umsetzung der moldauischen Rechtsvorschriften betreffend üble Nachrede und Ver-

leumdung und den Zugang zu Informationen.

Im Februar unterstützte die Mission den Leitenden Berater des OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit bei einem Erkundungsbesuch in der Region Transnistrien. Im anschließenden Bericht wurde das Medienklima in der Region als restriktiv bezeichnet und es wurde empfohlen, den Dialog mit örtlichen Behörden fortzusetzen und die wenigen unabhängigen Medienunternehmen in der Region weiter zu unterstützen.

Leiter der Mission:
Botschafter William H. Hill
Revidierter Haushalt: € 1.485.700
www.osce.org/moldova

Der Projektkoordinator in der Ukraine

Der Projektkoordinator in der Ukraine hat den Auftrag, Projekte in allen drei OSZE-Dimensionen in Zusammenarbeit mit den zuständigen ukrainischen Behörden und mit der OSZE und ihren Institutionen zu planen, umzusetzen und zu überwachen.

Das Arbeitspensum des Projektkoordinators erhöhte sich 2005 beträchtlich, insbesondere im Bereich Good Governance

mit dem Schwerpunkt auf Kooperationsprogrammen zur Vorbereitung der ukrainischen Parlamentswahlen 2006. Das Projekt umfasst Schulungsmaßnahmen für Journalisten und die für Wahlen zuständigen Beamten, medienbezogene Aktivitäten und Wählererziehung.

Als weitere wichtige Aktivitäten sind Bemühungen um Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen

den Menschenhandel und bei der Entsorgung toxischer Raketentreibstoffkomponenten zu nennen. Diese Projekte waren mit anderen Projekten abgestimmt, durch die den kürzlich entlassenen Militärangehörigen der Übertritt ins Zivilleben erleichtert werden soll.

Das Büro arbeitet auch an der Durchführung umfangreicher Programme im Bereich Rechtsstaatlichkeit

und in der Wirtschafts- und Umweltdimension mit dem Schwerpunkt auf der Förderung des Wirtschaftswachstums durch Unterstützung örtlicher Entwicklungsinitiativen und Hilfe bei der Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas in ukrainischen Regionen.

Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Hilfe für entlassene Soldaten. Um ehemaligen Militärangehörigen, die von der Verkleinerung der Streitkräfte des Landes betroffen sind, den Übertritt ins Zivilleben zu erleichtern, kooperierte die OSZE mit dem Verteidigungsministerium und dem ehemaligen Staatlichen Koordinationszentrum für die Wiedereingliederung von Soldaten in die Gesellschaft und die Konversion früherer Militäreinrichtungen. Fachliche Ausbildung, etwa in Betriebs- und Wirtschaftskunde sowie in Marketing und Verkauf, war kombiniert mit der Hilfe bei der Arbeitssuche und mit Informationsveranstaltungen, die Soldaten, deren Entlassung bereits erfolgte oder in Kürze bevorsteht, den Umstieg erleichtern sollen. 2005 nahmen daran 500 entlassene Militäranghörige teil. Achtzig Prozent von ihnen fanden innerhalb von drei Monaten nach Abschluss der Ausbildung einen Arbeitsplatz.

Ebenfalls in Zusammenarbeit mit dem ukrainischen Verteidigungsministerium bietet der Projektkoordinator Hilfe bei der Einrichtung eines Ressourcen- und Berufsberatungszentrums im Ministerium an. Sobald das Zentrum seinen Betrieb aufgenommen hat, wird es entlassenen Soldaten in verschiedenen Fragen behilflich sein, etwa bei Pensionen, Wohnraumbeschaffung und Stellensuche, und es wird eine Bibliothek mit Literatur zum Thema soziale Eingliederung beherbergen.

Entsorgung von gefährlichem Raketentreibstoff. Das Büro des Projektkoordinators hat jüngst gemeinsam mit dem Forum für Sicherheitskooperation eine neue Initiative zur Entsorgung von über 16.000 Tonnen einer hoch instabilen und toxischen Raketentreibstoffkomponente gestartet. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 13.)

Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Unterstützung der örtlichen Unternehmensentwicklung. Das Büro des Projektkoordinators widmete sich der Verbesserung der Bedingungen für Unternehmer und leistete Unterstützung beim Aufbau von Kleinbetrieben auf regionaler Ebene. Seit seinem Start im Jahr 2004 konnte das wichtigste Projekt des Büros, das gemeinsam mit der *Eurasia Foundation* und staatlichen Arbeitsämtern in neun ukrainischen Regionen durchgeführt wird, zur Gründung von über 800 neuen Unternehmen und zur Schaffung von 1.100 neuen Arbeitsplätzen beitragen. 2006 wird das Projekt auf drei weitere Regionen ausgedehnt werden.

Belebung der Wirtschaft durch fortschrittliche Entwicklungsmodelle. Industriecluster, bei denen räumlich konzentriert zahlreiche Betriebe gegründet werden, und Ökotourismus, eine boomende Fremdenverkehrsbranche, können das lokale Wirtschaftswachstum ankurbeln, da sie neue Arbeitsplätze schaffen und die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen. Im Wissen um die Bedeutung derartiger

fortschrittlicher Entwicklungsmodelle gaben die OSZE und die ukrainische *International Market Support Foundation* eine von ihnen finanzierte Studie über das Wirtschaftspotenzial von zehn ukrainischen Regionen in Auftrag, in der wachstumsträchtige Sektoren und komparative Vorteile aufgezeigt wurden.

Ausgehend von diesen Erkenntnissen und aufgrund des Erfolgs eines von der *Eurasia Foundation* finanzierten Pilotprogramms zur Schaffung eines Holzverarbeitungsclusters in der ukrainischen Region Riwna erstellte die OSZE einen strategischen Entwicklungsplan für den Cluster, der ihm zu einer stärkeren Diversifizierung und neuen Vertriebswegen verhelfen soll.

Die Studie kam auch zu dem Schluss, dass der Ökotourismus ein potenzieller Wachstumssektor in der ukrainischen Region an der unteren Donau ist. Dieses Flussdelta mit seiner reichen Flora und Fauna liegt in der ukrainischen Region Odessa und ist eines der berühmtesten Naturreservate Europas. In Zusammenarbeit mit dem Touristeninformationszentrum in Wylkowo sollen über 50 Haushalte eine Qualifikation als Beherbergungsbetrieb erhalten.

Regionale Wirtschaftsentwicklung. Im Mai gründeten der Projektkoordinator, die Stadt Riwna, die Staatliche Regionalverwaltung Riwna und die Handels- und Gewerbekammer Riwna gemeinsam in Riwna die Agentur für Investitionsförderung und Investorenhilfe.

Die Agentur, die im Mai offiziell eröffnet wurde, bietet fachkundige Beratung an und ist ein aktiver Förderer der Region. Sie hat bereits mehr als ein Dutzend potenzielle Investoren aus west- und mitteleuropäischen Ländern über Investitionsmöglichkeiten, die regionalen Wirtschaftsverhältnisse und rechtliche Fragen beraten.

Die Handels- und Gewerbekammer Rivne stellte der Agentur kostenlos Räumlichkeiten zur Verfügung und von der Stadtverwaltung Rivne kam finanzielle Unterstützung. Der Projektkoordinator überlegt zurzeit, wie dieses Projekt auf andere Regionen ausgedehnt werden kann.

Aktivitäten in der menschlichen Dimension

Good Governance und Stärkung demokratischer Institutionen.

Angesichts zahlreicher Anfragen von ukrainischen Regierungsstellen erhöhte sich das Arbeitspensum des Büros des Projektkoordinators in diesen Bereichen beträchtlich, mit dem Schwerpunkt auf Kooperationsprojekten zur Unterstützung der ukrainischen Behörden bei der Vorbereitung der Parlamentswahlen 2006.

Auf der Grundlage von Empfehlungen des BDIMR unterstützte das Büro des Projektkoordinators eine Expertenarbeitsgruppe bei der Ausarbeitung des neuen ukrainischen Parlamentswahlgesetzes. Nach dessen Verabschiedung beteiligte sich das Büro an einer dem Ministerkabinett unterstehenden interministeriellen Arbeitsgruppe, die die ersten Schritte zur Schaffung eines zentralen Wählerverzeichnisses festlegte und die ukrainische Hauptwahlbehörde mit Computern, Servern, Druckern und Betriebssystemen ausstattete, die für die landesweite Zusammenfassung aktualisierter Wählerverzeichnisse benötigt werden.

Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels. Der Projektkoordinator nahm mehrere Projekte gegen den Menschenhandel in Angriff, setzte verstärkt auf politische Grundsatzarbeit und unterstützte die ukrainische Regierung weiterhin bei der Umsetzung eines umfassenden staatlichen Programms zur Bekämpfung des Menschenhandels. Dieses Programm unter-

stützt die Strafverfolgungsbeamten und Justizbehörden des Landes bei der Verfolgung von Straftätern und steht unter der Devise „Prävention durch Information“. Das Büro unterstützt auch nach wie vor Nichtregierungsorganisationen, die sich im Kampf gegen den Menschenhandel engagieren und in der gesamten Ukraine Hotline-Dienste anbieten und Aufklärungskampagnen durchführen. 2005 nahmen rund 14.000 Personen diese Hotline in Anspruch.

Auf Ersuchen des ukrainischen Ministeriums für Familie, Jugend und Sport sowie in Zusammenarbeit mit der OSZE-Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels und mit der Sonderbeauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Bekämpfung des Menschenhandels unterstützt der Projektkoordinator die Ukraine bei der Schaffung des Postens eines staatlichen Koordinators für die Bekämpfung des Menschenhandels auf Ministeriumsebene. Gemeinsam mit der BDIMR-Gruppe Unterstützung in Gesetzgebungsfragen sorgte das Büro für eine Begutachtung des Entwurfs zu einem neuen Gesetz gegen den Menschenhandel durch einen Rechtsexperten und eine Bewertung des ukrainischen Adaptionssystems. Im Zuge dieser Bewertung, die vom Ministerium für Familie, Jugend und Sport in Auftrag gegeben worden war, wurde das derzeitige System analysiert, es wurden Lücken aufgezeigt und Reformmaßnahmen empfohlen.

Die OSZE initiierte einige Projekte, durch die die wirtschaftliche Eigenständigkeit von Bevölkerungsgruppen gefördert werden soll, die besonders gefährdet sind, Opfer des Menschenhandels zu werden. Als erstes wurde der Arbeitsmarkt in den zehn Regionen der Ukraine untersucht, die am stärksten vom Menschenhandel betroffen sind. Diese gemeinsam mit der IOM durchgeführte Untersuchung mündete in der Empfehlung, die Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen zu unterstützen. Darüber hinaus arbeitete das Büro des Projektkoordinators in Partnerschaft mit dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE an einem Pilotprojekt, das ukrainischen Waisen Praktika sowie Unterstützung bei der Arbeitssuche und beim Erwerb

von Lebenskompetenz anbietet. (Mehr zu diesem Thema siehe Seite 16.)

Unterstützung bei der Einführung eines neuen Verwaltungsgerichtsapparats in der Ukraine.

Schwerpunkt auf der Tagesordnung des Projektkoordinators waren in diesem Bereich insbesondere Projekte zur Rechtsstaatlichkeit, in deren Rahmen die Einführung eines neuen Verwaltungsgerichtsapparats in der Ukraine unterstützt wurde. Auf Ersuchen der Justizakademie der Staatlichen Justizverwaltung half der Koordinator bei der Ausarbeitung neuer Kriterien zur Beurteilung der Qualifikation, des Wissens und der Kompetenz von Richtern, die sich für Posten an den neuen ukrainischen Verwaltungsgerichten bewerben. Das Büro des Koordinators entwickelte und publizierte auch gemeinsam mit der Staatlichen Akademie der Wissenschaften der Ukraine ein Handbuch für die Aus- und Weiterbildung der an Verwaltungsgerichten tätigen Richter auf der Grundlage der neuen Kriterien und ein Lehrbuch über internationale Standards in der Verwaltungsgerichtsbarkeit. Es hielt für über 200 Richter des Obersten Verwaltungsgerichtshofs und regionaler Gerichte Schulungsveranstaltungen ab und verfasste einen Kommentar zur Verwaltungsverfahrenordnung, auf den Richter und Staatsanwälte bei der Anwendung der entsprechenden Gesetze zurückgreifen können. Schließlich unterstützte es auch die Behörden bei der Entwicklung der ersten Rechtsstaatlichkeitskurse und ihrer Einführung an den Rechtsfakultäten.

Aktivitäten im legislativen Bereich. Auf Ersuchen des Obersten Gerichtshofs der Ukraine half das Büro des Projektkoordinators bei der Beseitigung von Lücken und Überschneidungen zwischen dem Zivil- und dem Handelsgesetzbuch des Landes, die beide im Januar 2004 in Kraft getreten waren. Das Büro gab ein Handbuch heraus, das widersprüchliche Rechtsvorschriften aufzeigt und Praxisleitlinien enthält, und unterstützte den Obersten Gerichtshof bei der Formulierung neuer Instruktionen für eine kohärente Anwendung der neuen Gesetze durch die Richter. Schulungskurse für Richter an Berufungsgerichten betreffend die Anwendung

der Gesetze wurden in sieben ukrainischen Regionen abgehalten. Der Projektkoordinator bot ferner Schulungskurse für Vertreter des ukrainischen Parlaments und örtlicher Selbstverwaltungsorgane an, in denen Techniken für die Ausarbeitung von Gesetzestexten auf dem Programm standen. Auf Ersuchen ukrainischer Parlamentsabgeordneter lieferte der Koordinator

dem ukrainischen Parlamentsausschuss für europäische Integration 68 unabhängige Gutachten zu Gesetzesvorschlägen. Das Team von Rechtsexperten überprüfte jeden Gesetzesentwurf auf seine Vereinbarkeit mit internationalen Menschenrechtsstandards, den Standards des Europarats, der Spruchpraxis des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, den

OSZE-Prinzipien, den gesetzlichen Anforderungen der zweiten und dritten Säule der Europäischen Union und den Kopenhagener Kriterien für den EU-Beitritt.

Missionsleiter:

Botschafter James F. Schumaker

Revidierter Haushalt: € 1.650.100

www.osce.org/ukraine